

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlag: Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz
Lfd. Nr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Zeit-Ansto: Stadthaus Dresden, Strasse Blasewitz Nr. 656
Postfach-Nr.: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Girsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drahe, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Erzählt täglich mit den Zeilagen: Kunst, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Worte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 8-spaltige Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 30 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorzügen und schwierigen Scharten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Rabattonanspruch erlischt: b. verpät. Zahlung, Klage od. Konturs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

244

Montag, den 19. Oktober

1925

Die Tragweite der Konferenz von Locarno

Frankreichs guter Wille ist Voraussetzung für die deutsche Unterschrift

Die Öffentlichkeit erwartet mit Spannung die für morgen angekündigte Veröffentlichung der auf der Konferenz von Locarno paraphierten Verträge und Abmachungen, deren Annahme die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse in Europa entscheidend beeinflussen würde. Deutschland hat mehrere Wochen Zeit, die Ergebnisse der Konferenz zu überprüfen, ehe es seine rechtsbindende Unterschrift unter die Verträge setzt. Nach Auffassung der führenden Staatsmänner wird es notwendig sein, eine

Einheitsfront aller deutschen Parteien herzustellen und jedes parteipolitische Moment auszuschalten,

um in dieser Schicksalsfrage zu einem klaren, von keiner parteipolitischen Leidenschaft getriebenen Endurteil zu gelangen. Angesichts der geschichtlichen Demonstrationen, die zurzeit in den alliierten Ländern als Krönung des erfolgreichen Abschlusses der Locarno-Konferenz inszeniert werden, und in denen die Idee des Westfriedens eine große Rolle spielt, wäre es jedenfalls gefährlich, wenn durch die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland der Eindruck hervorgerufen würde, als müßte das Werk der Sicherung des europäischen Friedens an dem bösen Willen Deutschlands scheitern. Die deutschen Parteien können daher bei der Festlegung ihrer Stellungnahme nur von dem einen Grundsatz ausgehen, daß für Deutschland jetzt nur noch die Frage gestellt ist, ob die deutschen Forderungen, die man von vornherein als unerlässlich bezeichnet hatte, durchgesetzt werden konnten, oder ob man sich auf den Standpunkt stellen kann, daß Deutschland in Locarno nicht durchgedrungen ist und daß es schwere Bedenken gegen die Formulierung der einzelnen Verträge hegen muß.

Die deutsche Delegation, die nunmehr aus Locarno nach Berlin zurückgekehrt ist, wird im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung die Annahme des Vertragswerkes empfehlen.

Soviel ist sicher, daß Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann mit dem Sicherheitspakt stehen oder fallen werden, und daß sie aus einer Ablehnung des Vertragswerkes durch die maßgebenden deutschen Instanzen gezwungen sein würden, dem Reichstag ihre Ämter zur Verfügung zu stellen. In denjenigen Kreisen, die Gelegenheit hatten, während der Verhandlungen von Locarno mit den Führern der deutschen Delegation in ständiger Fühlung zu bleiben, stellt man sich schon jetzt auf den Standpunkt, daß der wesentlichste Teil der deutschen Forderungen tatsächlich erfüllt worden sei. Die Gleichberechtigung Deutschlands, die von Anfang an als der oberste Grundsatz des deutschen Verhandlungsprogramms bezeichnet worden war, ist nunmehr zur Tatsache geworden. Deutschland soll nicht nur gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes werden, sondern es soll in Zukunft auch einen der wesentlichsten Faktoren für die Sicherung des europäischen Friedens und für die Ueberwachung der neu geschaffenen Rechtsverhältnisse darstellen. Der Westpakt beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Deutschland hat ein Anrecht darauf, gegen einen kriegerischen Ueberfall seiner Feinde

geschützt zu werden und kann unter Berufung auf die Bestimmungen des Westpaktes die militärische Hilfe der Garantemächte anrufen.

Die Aera der willkürlichen Sanktionen und des widerrechtlichen Einmarsches fremder Truppen in deutsches Gebiet wird dadurch beendet, daß nunmehr eine Rechtsinstanz geschaffen ist, die über alle politischen und juristischen Streitfälle zu entscheiden hat, und die den Grundsatz der sogenannten Sanktionen nur im Rahmen der geschlossenen Verträge und der Bestimmungen des Völkerbundes kennt.

Was den Artikel 16 betrifft, so liegt tatsächlich eine schriftliche Erklärung der alliierten Vertreter vor, in der sie die Verpflichtung eingehen, sich im Völkerbunde für die von Deutschland geforderte Berücksichtigung der besonderen Lage Deutschlands einzusetzen.

Die östlichen Schiedsverträge, die vielleicht den schwierigsten Punkt des Konferenzprogrammes darstellen, sind insofern zugunsten Deutschlands geregelt, als die von Polen verlangte territoriale Grenzgarantie in Wegfall gekommen ist. Deutschland hat es nicht mehr nötig, die gegenwärtige unhaltbare Grenzregulierung im Osten als bindendes Recht anzuerkennen, sondern es wird sogar in die Lage versetzt, auf friedlichem Rechtswege die

Revision seiner Ostgrenzen

zu fordern. Frankreich, das geglaubt hatte, sich als Garantemacht für die Wahrung der östlichen Schiedsverträge betragen zu können, mußte seinen Standpunkt preisgeben und endgültig darauf verzichten, sich als Schiedsrichter bei deutsch-polnischen Streitfällen aufzuspielen. Allerdings haben die Franzosen es durchsehen können, daß ihre Sonderverträge mit Polen und der Tschechoslowakei formell weiterbestehen, aber die praktische Auswirkung dieser Sonderverträge wird durch die allgemeinen rechtlichen Abmachungen derart reguliert, daß eine einseitige Unterstützung der östlichen Mächte durch Frankreich praktisch ganz unmöglich gemacht wird.

Deutschland hat sich nicht auf ewig gebunden, denn es ist ihm gelungen, in dem Paktvertrag eine Klausel anzunehmen, die eine Kündigung der rechtlichen Abmachungen auf dem Wege der Fühlungnahme mit dem Völkerbund ermöglicht.

Sollte einmal eine Zeit kommen, in der Deutschland zu der Erkenntnis gelangt, daß die abgeschlossenen Verträge mit seinen Lebensinteressen nicht in Einklang zu bringen sind, so kann es die Kündigung aussprechen und zur vertragsmäßigen Zeit von allen Verpflichtungen zurücktreten.

Selbstverständlich wird die deutsche Regierung mit der französischen Regierung über die Rückwirkung des Sicherheitspaktes auf die besetzten Gebiete und andere hochpolitische Fragen weiter verhandeln müssen, um alle Fragen klar zu stellen, bevor sie ihre endgültige Unterschrift unter den Sicherheitspakt setzt. Kommt der Vertrag zustande, dann bricht für Deutschland zweifellos eine neue Aera an, in der die

Frage des Wiederaufbaues und der Rückkehr des Reiches zur Stellung einer gleichberechtigten Großmacht auf dem Wege einer gesunden Entwicklung gelöst werden kann.

Wann wird Köln geräumt?

Davos veröffentlicht eine offiziöse Note aus London, die besagt, daß die über die Räumung der ersten Besatzungszone veröffentlichten Nachrichten verfrüht sind. Die Kommission Walsh und die Kommission Pawels müßten sich erst über die Ausführungen der Note vom 4. Juni geeinigt haben unter Berücksichtigung gewisser Notwendigkeiten militärischer Art, beziehentlich der Umgruppierung der alliierten Besatzungsstruppen. Der englische Generalstab hätte vorgeschlagen, drei oder vier Monate bevor die Räumung erfolge, sie anzukündigen. Aber es sei klar, daß man sich auf eine kürzere Frist einigen könne.

Wohin kommen die englischen Truppen?

Diese Frage prüfen gegenwärtig der englische und französische Kriegsminister. Es sei auf alle Fälle sicher, daß England weiter an der Befahrung teilnehmen würde. Die Verlegung der englischen Truppen nach Koblenz sei wenig wahrscheinlich; viel eher könne man annehmen, daß sie in der dritten Besatzungszone in Wiesbaden untergebracht würden. Painlevé und Chamberlain werden sich heute in Paris über diese Frage unterhalten. Man müsse anerkennen, daß sich die Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland in Widerlungen des zivilen und militärischen Besatzungsregimes zeigen könne.

Stresemann über die Ergebnisse

Kurz vor seiner Abreise von Locarno gab Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann dem Locarnoer Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ folgende Erklärung über die Rheinlandsfrage ab:

Unter den Fragen, die in Locarno behandelt worden sind, hat für die deutsche Abordnung die Rheinlandsfrage an erster Stelle gestanden. Die Verhandlungen der Konferenz sind vertraulich gewesen, und aus den amtlichen Berichten mag über diese Frage um so weniger zu erfahren sein, als sie nicht der Gegenstand der allgemeinen Konferenzberatung, sondern vor allem Gegenstand lang andauernder Aussprachen zwischen den Staatsmännern der Besatzungsmächte und den deutschen Vertretern gewesen sind. Wenn der Vertrag von Locarno angenommen ist, so bedeutet das allerdings eine große praktische Erleichterung für das besetzte Gebiet. Ein Wunsch, der von allen geteilt war, der dahin ging, das Rheinland kommen unter den Gedanken des Schiedsgerichts zu stellen, ist verwirklicht worden. Dabei ist an Stelle einseitiger Entscheidung der große Gedanke der Anrufung einer unparteiischen Instanz getreten. Darüber hinaus hat der französische Minister des Äußeren es wiederholt als selbstverständlich bezeichnet, daß der Vertrag von Locarno sich auswirken müsse in einer wesentlichen Milderung und Erleichterung in dem Verhältnis zu dem besetzten Gebiet. Die Initiativen hierzu wird von den besetzenden Mächten ausgehen.

Es ist notwendig, für eine absehbare kurze Zeit die Ruhe zu wahren, um abzuwarten, welche Folgen die Besprechungen von Locarno haben werden. Erst dann ist ein Urteil über die Auswirkungen möglich. Ich habe in meiner Schlussansprache ausgeführt, daß die feste Bedeutung der Abmachungen von Locarno darin liegt, daß sie nicht das Ende, sondern der Anfang einer neuen Entwicklung sein mögen und sein müssen. Ich bin überzeugt, daß dies auch der Wille der Staatsmänner ist. Me mit uns verbündet haben. Ich erwarte diesen Anfang einer neuen Entwicklung vor allen Dingen für das besetzte Gebiet in mehr als einer Hinsicht.

Der Norden als Handelsmacht

Die jüngst abgehaltene nordische Handelskonferenz in Kopenhagen hat die Aufmerksamkeit auf den Handelsverkehr der nordischen Länder gerichtet und dem Auslande gezeigt, was der Norden als Export- und Importgebiet für die übrige Welt bedeutet, schreibt „Berlingske Tidende“ in einem „Der Norden als Handelsmacht“ überschriebenen Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Norden als Handelsnation von internationaler Bedeutung ersten Ranges ist. Die Gesamtumsätze des nordischen Außenhandels repräsentieren einen Wert von 7 Milliarden Parikronen, während z. B. die der Großmacht Italien noch nicht 5 Milliarden und die Spaniens noch nicht einmal die Hälfte derjenigen der nordischen Länder betragen. Tatsache sei auch, daß keiner der neugebildeten Staaten einen ähnlichen Umsatz aufweisen könne, obwohl einige derselben die nordischen Länder an Einwohnerzahl weit übertreffen. Die großen Produktionsmöglichkeiten dieser Länder müßten nämlich erst entwickelt werden, während Rußland, dessen mächtige Kauf- und Produktionskraft früher die gesamte Weltfinanz auf die Knie gezwungen habe, handelsmäßig gesehen jetzt bloß eine Zukunftsmusik ins Blaue hinein sei, der Norden aber als Handelsmacht, sowohl kaufend, wie produzierend, eine Realität sei, mit der die übrigen Länder zu rechnen haben. Schon vor dem Kriege habe im übrigen der gesamte Handelsumsatz des Nordens den Rußlands erheblich überstiegen. Im gegenwärtigen Europa seien die Kleinststaaten Holland, Belgien und der Norden ansehnliche Großmächte in handelspolitischer Hinsicht, die die übrigen Staaten weit hinter sich lassen und selbst für die führenden Handelsmächte des Kontinents Deutschland und Frankreich durchaus ebenbürtige Konkurrenten seien. Eine andere Frage sei freilich, wie weit die nordischen Länder selbst dies erkannt haben und ihre Macht in handelspolitischer Hinsicht auszunutzen verstehen, um sich günstigeren Bedingungen bei Handelsvertragsverhandlungen zu schaffen. Es sei jedenfalls an der Zeit, daß der gesamte Norden sich seiner Bedeutung als Handelsmacht bewußt werde und sich bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen dieser entsprechend zur Geltung bringe!

Die Vertreter der nordischen Handelswelt haben ja bereits während der Kopenhagener Konferenz ihre Stimme in ähnlichem Sinne erhoben und in einer Reihe mehr oder minder scharfer Resolutionen, die in erster Linie an die Adresse des Auslandes gerichtet wurden, die Forderung erhoben, daß der Norden entsprechend seiner Bedeutung als Handelsmacht entsprechend gewürdigt werde. Ähnliche Stimmen sind gerade in letzter Zeit auch wiederholt in Schweden und Norwegen laut geworden, wo man vor allem mit Rücksicht auf die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland in ziemlich entschiedenem Tone darauf hingewiesen hat, daß auch die nordischen Länder, und vor allem Schweden „Waffen in der Hand haben“ und entschlossen seien, diese „in der geeigneten ercheinenden Weise zu gebrauchen“. In Deutschland sollte man solchen Auffassungen an zuständiger Stelle mehr Beach-